



UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

Verteidigungsforschung in der Mitte der Gesellschaft verankern – Zivilklauseln abschaffen

**Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
5. Juli 2025**

CDU FRAKTION
BERLIN

Verteidigungsforschung in der Mitte der Gesellschaft verankern – Zivilklauseln abschaffen

Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes ist nicht nur eine Frage der militärischen Ausstattung, sondern auch der wissenschaftlichen Innovationskraft. In Zeiten wachsender globaler Sicherheitsbedrohungen – von Cyberangriffen bis hin zu hybriden Konflikten – muss die Bundeswehr Zugang zu wissenschaftlicher Exzellenz haben. Berliner Hochschulen sollten hierzu einen aktiven Beitrag leisten können.

Sicherheit braucht Wissenschaft – Zivilklauseln als Innovationsbremse abschaffen

Sogenannte Zivilklauseln erschweren oder verhindern gezielt Kooperationen von Hochschulen mit sicherheits- und verteidigungsrelevanten Institutionen. In Berlin betrifft dies insbesondere die Technische Universität Berlin. Diese Einschränkungen führen dazu, dass Hochschulen von wertvollen Forschungs Kooperationen und -förderungen ausgeschlossen bleiben. Das hat negative Auswirkungen sowohl auf die wissenschaftliche Innovationskraft als auch auf die technologische Souveränität Deutschlands.

Verteidigungsforschung ermöglichen und fördern

Um das vorhandene Innovationspotenzial an Berliner Hochschulen vollständig auszuschöpfen und zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands beizutragen, ist es notwendig:

- Zivile Forschungsprojekte, deren Ergebnisse möglicherweise auch militärisch genutzt werden könnten, nicht durch Prüfverfahren oder pauschale Ausschlüsse zu behindern.
- Eine gezielte Öffnung der Hochschulen für verteidigungsrelevante Forschung, um technologische Entwicklungen im Bereich der Verteidigung zu fördern.
- Ein gezieltes Förderprogramm für die sicherheitsbezogene Forschung an Berliner Hochschulen aufzulegen, dass insbesondere zivile Komponenten wie z.B. Cyberabwehr, Katastrophenschutz, und Technologien zu Resilienzsteigerung unterstützt.

- Kooperationen mit sicherheitsrelevanten Partnerinstitutionen – einschließlich der Bundeswehr – ausdrücklich zu ermöglichen, diese jedoch an ethische und wissenschaftliche Standards zu binden

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setzt sich für die Abschaffung der Zivilklausel ein und fordert die Hochschulen dazu auf, sich nicht den neuen sicherheitspolitischen Realitäten zu verschließen.

Perspektive: Zukunft gestalten durch Aufhebung der Zivilklausel

Die Abschaffung der Zivilklausel ermöglicht eine zukunftsgerichtete Wissenschaftspolitik, die sich nicht länger ideologisch beschränkt, sondern aktiv zur Stärkung der Sicherheit und der technologischen Souveränität beiträgt. Durch die enge Verzahnung von Hochschule, Forschung und Sicherheitsakteuren entsteht ein Innovationsraum, der nicht nur der Bundeswehr, sondern der gesamten Gesellschaft zugutekommt.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de